

Erzähler vom Westermald

Mit der wöchentlichen achtseitigen Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Hachenburger Tageblatt.

Mit der monatlichen Beilage:
Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Verantwortlicher Schriftleiter:
Th. Kirchhölzel, Hachenburg.

Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westermaldgebietes.

Druck und Verlag:
Th. Kirchhölzel, Hachenburg.

Nr. 76.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis durch die Post: vierteljährlich
1,50 M., monatlich 50 Pfg. ohne Bestellgeld.

Hachenburg, Freitag den 29. März 1912

Anzeigenpreis (im Voraus zahlbar):
die sechsgepaltene Beilage oder deren
Raum 15 Pfg., die Anzeigenseite 30 Pfg.

4. Jahrg.

Osterpause im Reichstage.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Man ist sozusagen doch auch Mensch und hat Kinder daheim, die darauf rechnen, daß Vater einen ganz besonders leistungsfähigen Osterhasen kennen gelernt hat, seitdem er in den Reichstag gekommen ist. Man ist Mensch und hat es doch während der letzten Wochen kaum spüren können, so sehr stürmte auf den Parlamentsneuling alle die Arbeit ein: morgens in der Kommission, mittags im Plenum, abends in der Fraktion, dazu täglich Duzende von unerledigten Drucksachen und Briefen.

Die erste große Pause, die dieser Reichstag notwendig machen mußte, war weniger erquicklich; da handelte es sich um Zeitgewinn, damit inzwischen die Präsidentenwahl ein wenig umfrisiert wurde. Das ist denn auch geschehen, und das endgültige Präsidium hat sich einigermaßen eingearbeitet. Zwar vermag es ebensowenig, wie irgendein anderes vorher, die Redefut der Abgeordneten zu dämpfen, so daß von den Fraktionen bisher nur die des Innern und der Reichspost erledigt werden konnten, aber doch sind dafür eine ganze Anzahl kleiner Gelegenheiten glatt verabschiedet.

Auch in den Kommissionen ist redlich gearbeitet worden. Namentlich der erweiterte Ausschuss, der sich mit den geplanten Änderungen der Geschäftsordnung des Hauses zu befassen hatte, hat sein Werk bereits weit gefördert. Man dachte gespannt hin, denn hier spielte sich ein Stück des ewigen Kampfes zwischen „Autorität und Majorität“ ab, zwischen Regierung und Parlament. Es handelte sich um das Verfahren, das fortan bei Interpellationen eintreten soll, die bisher lang- und kluglos ohne jeden Schlusseffekt einfach zu Ende gingen. Alle Fraktionen, mit Ausnahme der Konservativen, hatten beschlossen, für den Abschluß der Interpellationsdebatten ein richtiges Vertrauens- oder Minderheitsvotum für den leitenden Staatsmann einzuführen, wie man es in parlamentarisch regierten Staaten kennt. Diese Forderung des vom Kaiser ernannten und vom Parlament bisher unabhängigen Kanzlers hätte bald nach der ersten Anwendung zu scharfen Konflikten führen können, und so war die Linke klug genug, ihre Anträge jetzt in der Form zu mildern. Von jetzt ab kann der Reichstag nur erklären, ob die Lösung irgendeiner Frage seinen Anschauungen entspricht oder nicht.

Man sieht, es läßt sich auch mit diesem Reichstag leben, und es wird nichts so heiß gesehen, wie es gefocht wird. Wenn erst die Wehroverlagen eingebracht sind, wird man auch merken, daß die einheitliche „Mehrheit der Linken“ nicht — oder meinetwegen: noch nicht — existiert. Die Sozialdemokratie hält sich in solchen Sachen fern und verhindert dadurch ein Bündnis etwa mit den Liberalen, die vielmehr gezwungen sind, bei diesen großen Abstimmungen doch wieder den Anschluß nach rechts und zur Mitte zu suchen.

Leider ist mir noch kein Mittel erfinden worden, um im Reichstage ebenso konzentriert arbeiten zu können, wie es sonst deutscher Ruhm in allen Gewerben ist. Die Interpellationen über den Kohlenstreik, über die Raul- und Mauncheu und andere haben das Haus immer wieder beschäftigt, obwohl meist bereits in den ersten zwei Stunden völlige Klarheit über die Situation herrschte. Parlament heißt eben wörtlich überseht immer noch Rede-halle.

Nun gilt es, in der Osterpause bei Weib und Kind neue Kraft zu sammeln, hoffentlich aber nicht nur zu Reden, sondern auch zu Taten, denn gleich nach den Osterferien hatten der Reichstag außer den übrigen Fraktionen auch noch die Wehroverlagen. Ein besonders heißes Streiten steht uns aber wohl kaum bevor, und so hat denn auch der Kanzler eine Osterpause für sich eintreten lassen können und fährt nach Rom.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Von den Einzelheiten der bevorstehenden Heeresvorlage wird bekannt, daß an Landwehreinrichtungen in Preußen 15 gefordert werden, in Sachsen 2, in Württemberg eine, in Bayern 4. Auch die noch bestehenden sogenannten kleinen Regimenter sollen je einen Oberstleutnant erhalten, die Stäbe aller Regimenter zu drei Bataillonen je einen weiteren Stabschef mit den Gehaltsverhältnissen eines Bataillonskommandeurs. Bei der Feldartillerie sollen in den Brigaden ein Regiment einen weiteren Oberstleutnant, das andere Regiment einen Hauptmann mehr erhalten. Die normale Zahl der Oberstleutnants soll bei der Infanterie vermehrt werden. Alle diese Maßnahmen würden die Aufstellung von Kriegsförformationen wesentlich erleichtern, sie bedeuten außerdem eine momentane, ebenso gerechtfertigte, als schon vielfach anerkannte Aufbesserung der Beförderungsverhältnisse.

• Der vom Reichsamt des Innern aufgestellte Entwurf zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgebeten ist auf Wunsch der beteiligten Kreise in mehreren Familienhandlungen zur Kenntnisnahme und Begutachtung gelangt. Diese Maßnahme weicht von früheren Gesetzen ab. Denn der Entwurf war bereits im Bundesrat eingebracht und unterlag dort der Beratung der zuständigen Ausschüsse. Schon vor Jahren wurde ein Vorentwurf für dieses Gesetz allen beteiligten Kreisen zur Kritik unterbreitet, und zahlreich sind die Vorschläge darüber eingegangen. Dabei sind natürlich die wider-

sprechendsten Wünsche zum Ausdruck gekommen, wie das bei sozialpolitischen Vorlagen immer der Fall ist. Wahrscheinlich wird das wohl auch diesmal wieder so sein. Da die Begutachtungen der beteiligten Kreise jedenfalls einige Monate in Anspruch nehmen und dann von neuem die Beratungen im Bundesrat beginnen, dürfte der Entwurf vor dem nächsten Winter nicht an den Reichstag gelangen.

• Der Mehraufwand für die Erhöhung der Mannschafteinsparung, die von der neuen Heeresvorlage verlangt wird, beträgt ungefähr 25 Millionen Mark jährlich. Es ist eine Erhöhung von 22 auf 27 Pfennig in Aussicht genommen. Die Lösung der Mannschafteinsparung ist schon seit Jahrzehnten unverändert. Gelegentlich der Beförderungsreform im Jahre 1909 bestand schon die Absicht, die Mannschafteinsparung zu erhöhen, doch mußte dieser Gedanke damals aus finanziellen Gründen unterlassen werden.

• Im bayerischen Landtage trat Ministerpräsident Frhr. v. Hertling scharf gegen die Opposition auf. Er betonte, daß kein neues Wahlgesetz vorgelegt werden würde, daß er mit allen Mitteln der Sozialdemokratie entgegenarbeiten würde, und daß er die römische Frage nicht wieder aufnehmen werde. Ausführlich verteidigte er die Wehroverlage und ihre Deckung. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß das Vertrauen der Opposition gegen ihn weichen werde. Wenn das aber nicht der Fall ist, so muß es auch anders gehen. Klingt seine Rede aus, worauf sich große Unruhe im ganzen Hause erhob.

• Der Lotterievertrag, den Preußen mit verschiedenen süddeutschen Staaten abgeschlossen hat, tritt trotz des Widerstandes, der im bayerischen Landtage gegen seinen Abschluß laut geworden ist, für die übrigen süddeutschen Staaten in Kraft.

Großbritannien.

• Das englische Oberhaus hat das Mindestlohngefez in der Fassung des Unterhauses in zwei Lesungen angenommen. Das Inkrafttreten des Gesetzes dürfte also nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Grubenbesitzer haben bekanntgegeben, daß sie sich dem Gesetz fügen werden, man hofft, daß dies auch die Arbeiter tun werden, doch erscheint das durchaus nicht sicher. Viele Bergleute sind des Streikens zwar müde, doch wagen sie nicht, sich als sogenannte „Streikbrecher“ zu betätigen. Wenn das Gesetz in Kraft getreten ist und die Distriktsämter gebildet werden, werden die Bergarbeiter eine Abstimmung über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 28. März. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat ihre Geschäftsräume bis zum 1. Oktober in Wilhelmsdorf, Hohenzollernsdamm 20, untergebracht. Nach dem 1. Oktober befinden sie sich in der Hohenzollernsdamm 193/195.

Gotha, 28. März. Dem Landtage des Herzogtums Gotha ist wiederum ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach von den Kraftwagen eine Abgabe zur Unterhaltung der Landstraßen erhoben werden soll.

Saarbrücken, 28. März. Die 25. Generalversammlung des Evangelischen Bundes findet in den Tagen vom 3. bis 5. Oktober 1912 in Saarbrücken statt.

Greiz, 28. März. Der Landtag des Fürstentums Reuß a. O. war seit einiger Zeit bis jetzt sozialistischer. Jetzt sind im 4. und 5. ländlichen Wahlkreis Sozialdemokraten gewählt worden. Der Landtag des Fürstentums besteht nur aus 12 Abgeordneten, unter denen sich also jetzt zwei Sozialdemokraten befinden.

Rom, 28. März. Im italienischen Senat wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Verstaatlichung des Versicherungswesens, angenommen.

Rom, 28. März. Der italienische Justizminister erklärte, daß jünger erlassene Motuproprio des Papstes, das Väter zu revidieren sucht, Angehörige des Priestertums vor die gewöhnlichen Gerichtshöfe zu stellen, habe für Italien keine Geltung, da als Grundlage des Rechtes Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz anzusehen ist.

Konstantinopel, 28. März. Als vierhundert neu ernannte Offiziere dem Sultan den Treueid leisteten, wurde folgende Schwurformel benutzt: „Ich schwöre dem Kaiser Kaiser Treue zu Wasser, zu Lande und in der Luft.“

Madras, 28. März. England, das im geheimen stets ein Auge auf die Insel Kreta gerichtet hat, erklärte, daß es die Insel sofort militärisch besetzen würde, wenn der geringste Angriff auf die Mohammedaner erfolge.

Schanghai, 28. März. Ungefähr 600 Soldaten meuterten in Sutschau, plünderten die Wandleiben und verbrannten mehrere Häuser.

Hof- und Personalsnachrichten.

• Der Kaiser ist in Rom eingetroffen und beluchte bald nach der Ankunft mit dem Prinzen und den Prinzessinnen das Museum, wo Professor Dörfeld die auf der Insel ausgegrabenen Altertumsfunde erklärte. Im Achilleion wurde Beerdigung genommen.

• Die Erfüllung des Papstes ist im Schwinden begriffen, trotzdem muß er sich schonen und empfangt niemanden.

Soziales und Volkswirtschaftliches.

• Keine Verdrängung des Schneidertarifs. Trotz aller Verhandlungen des Reichsanstalts Dr. Hüller vom Gewerbegericht in Frankfurt a. M. sind die dort gesprochenen Einigungsbedingungen im deutschen Schneidergewerbe gescheitert. Der Haupthinderungsgrund einer Einigung lag darin, daß die Arbeitnehmervertreter auf drückende Tarifberatungen auch fernerhin bestehen, wohingegen der Arbeitgeberverband einen Tarif für ganz Deutschland vorgeschlagen hatte.

Deutscher Reichstag.

(37. Sitzung.)

CK Berlin, 28. März.

Die Weiterberatung des Postetats brachte neben einer temperamentvollen Verteidigung des Anstalts Bismarcks gegen sozialdemokratische Angriffe durch den Reichsparteiler Schulz scharfe Debatten über die Ostmarkenzulage der Postbeamten und die Votenfrage. Unter gewaltiger Bewegung des Hauses wurden schließlich die Ostmarkenzulagen gestrichen und zwar von einer Mehrheit aus Zentrum, Sozialdemokraten und Polen. Nach dem Postetat wurde noch der Etat der Reichsbank erledigt, und dann aus das Haus in die Osterferien.

Sitzungsbericht.

Der deutsch-bulgarische Handelsvertrag wird in dritter Lesung verabschiedet, ebenso das Statutgesetz: gegen dieses stimmen die Sozialdemokraten. Dann geht die Beratung des

Postetats

weiter. Die zum Gehaltsstiel des Staatssekretärs gestellten drei Resolutionen werden angenommen: einstimmig die Resolutionen auf Erweiterung des Erholungsurlaubs der Unterbeamten und Gleichstellung der eisen-lothringischen Beamten mit den Kollegen von der Reichsbahn, hinsichtlich der Gewährung nichtmonetärsfähiger Zulagen; gegen die Rechte und das Zentrum wird angenommen die Resolution auf anderthalbfache Anrechnung des Sonn- und Feiertagsdienstes und Rückdatierung des Beginns des Nachdienstes auf 8 Uhr abends.

Zum Erfindertitel, der mit 8000 Mark dotiert ist, macht Abg. Dr. Straube (Sp.) der Postverwaltung den Vorschlag, sich selbst eine Prämie auszuleihen für die Erfüllung der Beschlüsse des Reichstags; denn wenn sie das einmal fertig bringen, wäre das die nützlichste Erfindung, die im deutschen Post- und Telegraphenwesen überhaupt nur möglich ist. (Heißer Beifall.) Beim Titel „Oberpostdirektor“ entwickeln sich

Lärmvolle Zwischenfälle.

Abg. Kunert (Soz.) spricht über Sozialistenknechtschaft der Oberpostdirektion in Halle bei der Stadtverordnetenwahl, spricht von gemeinen Denunzationsstreichen, von einem Akt unverschämter Reaktion, von Gewohnheitsverbrechen und fragt den Staatssekretär, was er getan habe, um solche Verhältnisse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Unterstaatssekretär Grawert: Im hiesigen Bürgerverein wurde behauptet, daß eine bestimmte Anzahl von Postbeamten sozialdemokratisch gewählt habe. Die Oberpostdirektion betrachtete das als Vorwurf gegen die Ehre der Beamten und suchte selbsten, ob das wirklich der Fall gewesen ist. (Lärm der Soz. und Reiz: Geht sie gar nichts an!) Sie hat dann eine Verichtigung erlassen, um den Vorwurf gegen ihre Beamten zurückzuweisen. (Lärm der Soz.: Abg. Lebour ruf: Das ist eine Unverschämtheit, sonderbar!) Vizepräsident Dr. Baumbach ruft den Abg. Lebour zur Ordnung.

Abg. Graf Praschwa (B.) bittet um weitere Einführung des Brieftelegraphenverkehrs.

Staatssekretär Kraetz: Wir haben einen Verlust gemeldet und uns einmitleidig auf Orte mit telegraphischem Nachdienst beschränkt, weil da Einstellung von Beamten nicht notwendig ist. Liegt ein Bedürfnis vor, so werde ich dem gern entsprechen.

Abg. Dr. Weill (Soz.): In Weiz ist noch viel Seltsames passiert, als in Halle. Dort hat unmittelbar vor der Stichwahl die Oberpostdirektion den Beamten einen Erlass vorgelegt, worin sie behauptet, daß sie von dem Erlass des Staatssekretärs vom 18. März 1898 über die gemeindefählichen Verordnungen der Sozialdemokratie Kenntnis genommen habe. Ist diese Wahlbeeinflussung mit Billigung des Staatssekretärs erfolgt?

Staatssekretär Kraetz: Ich habe keine Verfügung erlassen, die Oberpostdirektion hat auf Grund eines sozialdemokratischen Flugblattes es für nötig gehalten, auf den Erlass von 1898 hinzuweisen. Sie können doch nicht verlangen, daß die Behörde ruhig aufsteht, wenn die Sozialdemokratie Unwahrheiten verbreitet.

Abg. Dr. Straube (Sp.): Die große Mehrheit des Hauses wäre sehr dankbar, zu hören, ob der Staatssekretär auch jetzt noch an seiner vor fünf oder sechs Jahren geäußerten Ansicht festhält, daß er sich in die Wahlbeeinflussung der Beamten nicht einmischt.

Staatssekretär Kraetz: In meiner Meinung ist keine Änderung eingetreten; die Oberpostdirektion Weiz hat auf eine alte Verfügung hingewiesen.

Abg. Lebour (Soz.): Ein solcher Erlass verstößt gegen den vom Minister geleiteten Eid. (Unruhe. Präsident Dr. Kaempf ruf: diese Bemerkung.) Das ist ein Vorwurf, daß jemand einen Sozialdemokraten wählt, verbieten wir uns, das ist unanständig. (Der Präsident weist den Redner zurecht, auch noch ein drittes Mal, als er den Vorwurf der Eideverletzung wiederholt.)

Abg. Werner-Dersfeld (Rsp.) befürwortet erweiterten Erholungsurlaub der Beamten und spricht gegen die Anstellung weiblicher Beamten.

Abg. Dr. Straube (Sp.): Wie steht es mit der Geheimhaltung der Personalakten? Vor einigen Jahren haben es alle Parteien gefordert; inzwischen haben wir weiter nichts darüber gehört.

Abg. Dr. Arendt (Rsp.) widerpricht dem Abg. Werner. Die Einstellung weiblicher Beamten ist ein wirtschaftliches und finanzielles Bedürfnis.

Für die Unterbeamten in gehobener Dienststellung treten eine Menge Resolutionen, betreffend Gehaltsregulierung und Dienstentlastung, ein.

Abg. Gieseler (B.): Man soll die Verhältnisse der Beförderungsreform jetzt bei der günstigen Finanzlage nachholen, aber so schlecht ist die wirtschaftliche Lage der Unterbeamten keineswegs, daß sie berechtigt wären, sozialdemokratisch zu wählen.

Staatssekretär Kraetz wiederholt seine Ausführungen aus der Kommission. Die Oberpostdirektionen sind an-

gewiesen, wo es bisher geschehen ist, den Unterbeamten nicht ein größeres Arbeitsmaß als früher aufzuerlegen. Ich werde prüfen lassen, ob in diesem oder jenem Ort, besonders in den Industriebezirken, etwa die Löhne zu niedrig sind.

Abg. Dr. Straube (Sp.): Die Konfessionen haben ihre Verpflichtungen gegenüber den Unterbeamten nicht erfüllt; wie hat besonders der Abg. Vautl mit Verpflichtungen um sich geworfen. Wir begrüßen es gewiß, wenn der Staatssekretär erklärt, er wolle sich frei von Mißtrauen gegen die Organisationen der Beamten; wertvoller wäre es für uns, wolle er die Wünsche der Beamten befriedigen. (Beifall links.)

Abg. Ebert (Soa.): Keine Beamtenkategorie ist bei der Beförderungsreform so schlecht weggekommen, wie die Postunterbeamten; es sind Hungerlöhne, und das Zentrum ist schuld daran.

Unterstaatssekretär Granzow: Bei den Postboten kann man nicht von Hungerlöhnen sprechen. Wir haben in den letzten elf Monaten 16 000 Geluche um Aufnahme in den Unterbeamtendienst abgelehnt, 3000 bis 4000 haben wir vorgemerkt. Daraus geht doch hervor, daß diese Bewerber die Unterfunktion in unserer Verwaltung als eine günstigere Verforgung ansehen, als in anderen Berufen.

Zu der Abstimmung werden sämtliche Resolutionen angenommen. Auch eine Resolution, betreffend Pensionskassen für Postagenten, findet Annahme.

Bei den Löhnen der Post- und Telegraphenarbeiter fordern mehrere Redner Erhöhung, Pensionsfähigkeit, Zentralarbeiterauschuß usw.

Staatssekretär Kratze stellt fest, daß alle diese Wünsche nur erfüllt werden können, wenn alle beteiligten Ressorts zusammengeben.

Die Ostmarkenzulagen.

Abg. Schlee (natl.): Wir bestreiten, daß die Ostmarkenzulagen politische Bedeutung haben. (Lachen der Soa.) Den Beweis dafür haben die Herren nicht erbracht. Die preussische Votenpolitik geht den Reichstag nichts an. (Große Unruhe b. d. Polen u. Soa.) Redner spricht vom polnischen Auf-

stand 1863 und wendet sich gegen die polnische Bevölkerung im Osten. Der Kampf, der bei uns heute im Osten tobt, (Lachen u. d. Soa.) Das ist doch eine politische Rede!

Vizepräsident Dove: Ich muß allerdings auch sagen, daß Ihre Rede politischen Charakter angenommen hat, während Sie von der Voraussetzung ausgingen, daß die Ostmarkenzulagen rein politischen Charakter haben.

Abg. Salzer (fortfahrend): Ich will nur nachweisen, daß die Gründe der Gegner nicht richtig sind. Wenn man die Ostmarkenzulagen eine Korruptionsprämie nennt, so ist dieser Ausdruck, der jeden Widerspruch niederzulegen scheint, wohl nicht neu, dafür aber auch nicht richtig. Redner lobt die Pflichttreue der Postbeamten im Osten. Ich bitte die Regierung, zu erwägen, ob nicht die Zulage in einen Teil des festen Gehaltes mit Pensionsberechtigung umgewandelt werden kann. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Wendel (Soa.) wendet sich gegen den Abg. Schlee und kommt auf die liberale Begeisterung für die Polen von 1848. Es war eben eine liberale Begeisterung, die sich auf Worte beschränkt, aber Taten nicht kennt; aus der Frankfurter Nationalversammlung wurde bereits der schändliche Verrat an den Polen geübt. 1863 waren es russische Polen, ein sehr berechtigter Aufstand. Die preussischen Polen hatten damit gar nichts zu tun. (Lachen.) Es war kein Schandfleck auf den Namen der Polen, wohl aber auf den der preussischen Regierung. (Unruhe.)

Vizepräsident Dove rügt die Tonart des Redners. **Abg. Wendel (fortfahrend):** Ich will keine scharfen Ausdrücke gebrauchen. (Gelächter.) Herr v. Engel, das war damals ein Nationalliberaler (Unruhe); er sprach von dem Bismarckschen Vorgehen als von Menschenwürde. Wie die Nationalliberalen von heute aussehen, hat der Vorredner eben glänzend bemessen. Haben Sie wirklich Wohlwollen, dann führen Sie die Zulagen für alle Unter- und Mittelbeamte ein, nicht nur in Polen und Westpreußen.

Für das Andenken Bismarcks.

Abg. Schult (Sp.): Ich protestiere im Namen aller nationalen gesunden Deutschen gegen diese unerhörten Äußerungen des sozialdemokratischen Redners gegen den Fürsten Bismarck. (Lebhafter Beifall. Gelächter bei den Soa.) Es werden nicht viel von den 110 Sozialdemokraten übrig bleiben, wenn das deutsche Volk die Gesinnung erkennt, aus der diese Schmähungen hervorgegangen sind. (Beifall. Gelächter der Sozialdemokraten. Redebour ruff: Engel hat ja von Menschenwürde gesprochen!) Engel hat seine Worte, die er einst in der Höhe des Kampfes mit schon Ernst herunt und widerrufen.

Das ganze deutsche Volk ist durch diesen Mann Bismarck und seine Erfolge befehrt worden. Und nun wagt es hier ein parlamentarischer Anfänger im deutschen Reichsparlament (Großer Lärm der Soa.) diesen Mann, dem wir alles verdanken, mit solchen Schmähungen zu überhäufen. (Lebhafter Beifall der bürgerlichen Parteien. Tumult bei den Soa.) Ein deutsches patriotisches Herz konnte dazu nicht schweigen. (Erneuter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Baasche bittet den Redner, sich nun dem Gegenstand der Verhandlung zuzuwenden.

Abg. Schult (fortfahrend) polemisiert weiter gegen den Abg. Wendel, wobei der Abg. Redebour wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen wird. Redner bittet um die Bewilligung der Ostmarkenzulagen.

Abg. Graf Westarp (L.): Es wäre eine große Härte, wenn man die Zulagen streichen wollte. Ich bedaure, daß die Polen mit der Behauptung von Korruptionsfonds die zulässige Form der Agitation überschreiten. (Sehr richtig!) Jeder Beamte muß die nationalen Bestrebungen des Staates fördern. Darum handelt es sich bei den Ostmarkenzulagen nicht. Sie werden gezahlt, weil die Beamten in besondere persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Schwierigkeiten in den Ostmarken kommen.

Abg. Seyda (Polc): Über 1848 und 1863 hat die Geschichte ihr Urteil gesprochen, daran wird Herr Schlee nichts ändern. Wer hat nun recht, Herr Schlee oder Graf Westarp? Dieser, denn es ist tatsächlich eine politische Frage, die Übertragung der Ostmarkenzulage auf das Reich, die in Preußen lediglich aus politischen Gründen entstanden ist. Gewiß, die Entziehung der Zulagen ist eine Härte, aber daran sind nicht wir schuld. Wir gönnen den Beamten die Bezüge und sind einverstanden mit einer Verallgemeinerung auf das ganze Reich. Für eine solche Vorlage würden wir stimmen.

Abg. Dr. Spahn (Sp.): Im Namen meiner Freunde gebe ich die kurze Erklärung ab, daß wir in Konsequenz der Haltung, die wir in dieser Frage seit jeher eingenommen haben, auch im preussischen Landtag, auch jetzt gegen diese Zulagen stimmen.

Abg. Redebour (Soa.): Wir werden Ihnen in der dritten Lesung Gelegenheit geben, Ihr Wohlwollen für die Beamten zu bekunden; wir werden beantragen, daß für alle Beamten dieser Kategorien in allen Provinzen die Zulagen eingeführt werden.

Staatssekretär Kratze appelliert nochmals an das Haus, den Beamten die ihnen so notwendige Zulage nicht zu streichen. Stellen Sie doch wenigstens den Antrag, daß die Ostmarkenzulagen künftig weggelassen sein sollen. (Lärm, hört!) dann erreichen Sie für 1913 Ihren Zweck. (Lärm, hört!) So brennend ist die Frage doch nicht, daß sie zwei Tage vor dem 1. April 8000 Beamte in Unruhe und Verlegenheit bringen. (Beifall rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Aussprache, und es beginnt die Abstimmung. Dabei wird die weitere Gewährung der Ostmarkenzulage mit 183 gegen 122 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. (Anhaltende große Bewegung im ganzen Hause.)

Beim Kapitel „Telegraphenlinien“ empfiehlt **Abg. Behrens (wirtsch. Bgg.)** eine Resolution, die ein günstigeres Arbeitsverhältnis für die Arbeiter und Handwerker der Postverwaltung nach verschiedenen Richtungen fordert, ferner eine Denkschrift über die Frage einer Pensionskasse, sowie Berichte über die Arbeiterauschüsse und statistische Nachweise über Löhne usw.

Staatssekretär Kratze: Ein ständiges Arbeitsverhältnis kann den Arbeitern nicht von vornherein zugesichert werden. Wir bemühen uns, die Arbeiter dauernd zu beschäftigen, und tatsächlich bekommen auch über 90 Prozent dauernd Arbeit.

Abg. Dubrich (Sp.): Wir können der Resolution des Abg. Behrens zustimmen. Wir bitten aber auch, die von uns eingebrachte Resolution anzunehmen, die eine Anrechnung der Dienstzeit, welche Arbeiter in aus Reichsmitteln unterhaltenen Betrieben zurückgelegt haben, auf das Befoldungsdienstalter ermöglicht.

Die Resolutionen werden angenommen. Beim Titel „Erfahrungen der Post“ wünscht **Abg. Dr. Burchardt (wirtsch. Bgg.)** größere Sicherstellung des Publikums.

Direktor im Reichspostamt Kobelt: Einer Änderung der Postordnung stehen erhebliche Bedenken entgegen. Die Post kann eine solche Dastung nicht übernehmen.

Die Ausgaben werden bewilligt. Bei den Einnahmen liegt eine Resolution des (natl.) Dubrich (Sp.) vor, wonach Postpakete bis zu fünf Kilo an Soldaten im Verkehr mit ihren Angehörigen portofrei befördert werden sollen.

Nach unwesentlichen Erörterungen einzelner weiterer Titel werden die Resolutionen angenommen und der Postetat erledigt. Es folgt der

Etat der Reichsdrucker.

Abg. Becker (Sp.) bringt wieder die Beschwerde von Mitgliedern des Gutenberg-Bundes vor, die von sozialdemokratischen Verbänden aus der Reichsdruckerlei verbannt sein sollen.

Direktor im Reichspostamt Aschenborn: Es ist der Direktion der Reichsdruckerlei nicht bekannt, daß Mitglieder des christlichen Verbandes von Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes verbannt worden sind. Zwei angebliche Fälle liegen sieben bis acht Jahre zurück und es ist auch nicht der Beweis erbracht, daß eine Verhorrifizierung ausgeübt wurde.

Abg. Stidenbrandt (Soa.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Becker und meint weiter, daß viele katholischen Buchdrucker im Verbands sind, daher die Denunziationsmord des Herrn Becker.

Vizepräsident Dove ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Nach einigen weiteren unwesentlichen Bemerkungen wird der Etat der Reichsdruckerlei erledigt.

Das Haus geht in die Osterferien. Nächste Sitzung am 16. April.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

(7. Sitzung.)

18. Berlin, 28. März.

Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche kleinere Vorlagen und Petitionen. Es wird schnelle Arbeit gemacht. So wurden die Verordnung über die Bekämpfung der Malariaepidemie im Kurort Trebnitz genehmigt und die Gesetze über die Errichtung eines Amtsgerichts in Schöneberg, über die Umlegung von Grundstücken in Wiesbaden, über die Errichtung eines Amtsgerichts in Gladbach, über Erweiterung des Stadtkreises Lichtenberg unverändert angenommen und die Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der preussisch-hessischen Staatsbahnen und über die Verhandlungen des Landesbahnrates durch Kenntnisnahme erledigt.

Die zahlreichen Petitionen riefen ebenfalls keine Diskussion hervor, sie fanden, nachdem sich zu einigen von ihnen Regierungsvorkehrungen geäußert hatten, durchweg nach den Beschlüssen der Kommission ihre Erledigung. Die nächste Sitzung des Herrenhauses wird voraussichtlich erst im Mai stattfinden.

Abgeordnetenhaus.

(47. Sitzung.)

18. Berlin, 28. März.

Die Beratung des Kultusetats wurde wieder aufgenommen. Zu der Frage der Errichtung einer

Universität in Frankfurt a. M. gibt der Kultusminister v. Trott zu Solz die Erklärung ab, daß bei der neuen Gründung der Charakter einer staatlichen Universität gewahrt werden solle.

Ein Antrag des Abg. Dr. Friedberg (natl.), betreffend Wahrung des staatlichen Charakters der ev. zu gründenden Universität, fand Annahme, ebenso ein Antrag des Abg. Schmedding (Sp.), der den Ausbau der Universität Münster zu einer vollen Universität, sowie weiteren Ausbau der Universität Marburg fordert. Zu dem Kapitel

„Universitäten“

lagen Anträge vor, und zwar einer des Abg. Eichhoff (Sp.), der auf allen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin fordert, und einer des Abg. v. Schenkendorf (natl.), der Förderung der Leibesübungen auf den Universitäten verlangt.

Die Debatte, die sehr bald durch einen Schlussantrag beendet wurde, drehte sich in der Hauptsache um diese Anträge. Daneben wurden noch Wünsche für Verneuerung der Ordinariate und Verringerung der Lage der Extraordinarien vorgetragen. Der Antrag Eichhoff ging schließlich an die Unterrichtskommission, nachdem sich die Regierung ziemlich abweisend geäußert hatte. Bei der Einzelbesprechung wurden dann von den verschiedenen Rednern die jedes Jahr wiederkehrenden lokalen Wünsche und Beschwerden vorgetragen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, die jedoch noch längere Zeit in Anspruch nahm, wurde das Kapitel „Universitäten“ schließlich bewilligt. Dann ging man in die Osterferien. Die nächste Sitzung findet am 16. April statt.

Die Stimme ruft!

Eine Bauerngeschichte aus dem Tannus von Friß Rihel.

21)

(Nachdruck verboten.)

„Du könntest man noch gewäße werren“, murmelte er vor sich hin. „Gut, daß ich die Lederdecke vor de Säul bei mir hab.“

Wita befestigte er wieder die ausgehängten Zugriemen an die Deichsel, zog die Bremse an und fuhrte das Gei aus vorsichtig die steile Waldschneite hinab. Bevor er noch die Chaussee, welche über das „rote Kreuz“ nach Oberbachsen führt, erreicht hatte, begann es zu tropfen, und prasselnd stürzte der Regen herab, als er dem „roten Kreuz“ näher kam. Es schien auch gar keine Aussicht vorhanden, daß der Guss schnell vorübergehen würde, denn immer schwärzer zeigte sich das Firmament; so wollte denn Christian, um nicht vollständig durchnäßt zu werden, auf der Bank unter den Tannen Nist halten und ein Nachlassen des Regens abwarten. Die mit ihren Lederdeuten versehenen Pferde führte er an eine von mächtigen Tannen ziemlich geschützte Stelle und betrat sodann die von der Natur gebildete Laube.

Dieselbe diente bereits einem Menschenkind als Zufluchtsort; auf dem Ende der Bank lag mit verhältlich Kopf eine schlante, dunkelgekleidete Frauengestalt. In dem Dämmerdunkel vermochte Christian ihre Züge nicht zu erkennen und ließ sich mit einem „Guten Tag“, des schütt gehörig“ auf dem anderen Ende der Bank nieder. Mit leiser Stimme wurde sein Gruß erwidert; wie elektrifiziert fuhr der junge Mann bei diesen Lauten empor und starrte auf sein Gegenüber.

Sie war es, Magdalen, welche ihm die Treue gebrochen, deren Vater ihn und seine Mutter um ihr sauer erworbenes Geld gebracht hatte. Ohne ein Wort zu sagen, schickte er sich an, das Obdach zu verlassen, um neben dem Gespinn unter den Tannen das Anhören des Regens abzuwarten, als die leise Stimme wieder stehend an sein Ohr schlug: „Bleib doch Christian, ich kann ja gebe, wenn dir des besser paßt!“

Sie hatte sich erhoben und trat einige Schritte dem Ausgange zu. Christian wendete sich um und ein heißes Empfinden suchte durch sein Inneres. War es Mitleid mit ihr, die ihn aus ihren blauen Augen mit todes-

traurigen Blicken anschaute, was sein Herz in so stürmische Wallung brachte? Wie schmal und bleich war ihr einst so blühendes, lieblich gerundetes Gesicht geworden! Er hatte gewöhnt, die heißen Gefühle, die er einst für Magdalen hegte, sie seien in der langen Zeit seiner Abwesenheit erloschen, sie seien weggetilgt durch die rasenden Seelenkämpfe, welche er in der ersten Zeit nach ihrem Verlust bestanden. Sich selbst hatte er eingeredet, daß die junge Frau ihm vollständig gleichgültig geworden sei, ja er hatte geglaubt, daß die einstige Zuneigung zu ihr in Feindseligkeit gegen sie umgeschlagen wäre, ihres Verrats an seiner Liebe und des Umstandes wegen, daß sie zu der Sippe dorer gehörte, die seine Eltern beispiellos betrogen und bestohlen hatten.

Der traurig stehende Blick aus Magdalens Augen brachte jetzt alle seine früheren Vorsätze, wie er sich bei einer etwaigen Begegnung mit der ehemals Geliebten verhalten wollte, ins Wanken; doch nur einen Augenblick gab er den mildernden Gefühlen Raum, dann erhob sich wieder die Erbitterung gegen die Verräterin seines einstigen Glücks, und mit rauhen Worten stieß er hervor: „For uns waa is uff so eme klane Fleck saan Platz! Wie!“

Damit wollte er raschen Schrittes zu seinen Pferden eilen.

„Christian, um: Himmels wille, du tußt mir unrecht, bleib doch“, riefte Magdalen.

Es lag ein so schneidendes Weh in diesen Lauten, daß der junge Mann wie gebannt stehen blieb und sich wieder umwandte.

„Unrecht tu ich dir, maanst du?“ erwiderte er gereizt. „Wenn nun unrecht tun die Redd sein kann, so denk dran, wie du mich ewiggeschniffe host, grad wie en floaner Bub sein Hanswurst ewiggeschniffe, wenn er ihm net mehr gefällt. Un warum hast du mich uffgewe? Weil aaner kumme is, der e paar Baze mehr im Saaf gehobt hot, wie ich!“

„Nicht ich nit glaawe, daß du mich uffgewe host?“ fragte das junge Weib. Die Mutter war fränker wie je, ich bin dag un Nacht nit van ihm Bett kumme. In eme klane Briefche hab ich dir's geschriewe, daß ich dweends nit bei dich kumme könnt. Ich hab dir's mit dem Lips geschickt. Du host es nit kriegt, ich waa es jezt. Die Mutter hat dem Lips des Briefche abgenomme un hot ihm verbote, mir des zu sage. Erst neulich hot's der Lips mir verrate, wie er im Schnapsbuel boom-

tumme is. Ich hab nix gehobt un gezeht von dir. Du bist zu de Soldate. Immer mehr haawe sie mich von alle Seite gedrängt un gepeinigt, bis ich ja gefagt hab, un: endlich Ruh zu friege. Bei deiner Mutter war ich vorher gewese, sie hot sich gestellt als wist sie von nix. So bin ich dann in mein Unglück eneingereunt. Du kumst ja zufriede damit sein, wie mir's gegaenge is!“

Mit angehaltenem Atem hatte Christian den Worten der jungen Frau gelauscht. So war sie doch nicht so schuldig, wie er die ganze Zeit geglaubt hatte! Ihre Mutter, diese geliebte Person, hatte es fertig gebracht, ihre beiden Herzen zu trennen.

Das abscheuliche Weib! Aber trug Magdalen nicht auch Schuld daran, daß es so gekommen war? Sollte sie kurz und bündig erklärt, daß sie den Friß Krautner unter keinen Umständen zum Mann nehme, was hätten dann die Alten machen können? Und wenn sie um den Betrug wußte, den ihre Eltern an seinen Leuten begangen hatten, hätte sie nicht auf seine Seite treten und ihm alles anverrauen müssen? Doch nein! Damit mutete er ihr doch wohl zu viel zu; es waren doch ihre eigenen Eltern, die sie dann verraten mußte.

Und dann war die Frage: Wußte sie um den Betrug? Und was wollte sie jezt? An eine Gemeinschaft mit ihr war doch in alle Ewigkeit nicht zu denken, nachdem er geschworen hatte, die Missetat des Allen an das Licht des Tages zu bringen.

So durchlagten Christian die Gedanken und ließen ihn nicht zum Entschluß kommen, wie er sich ferner gegen die junge Frau verhalten sollte. Endlich brach er das Schweigen, und mit stotternder Stimme fragte er:

„Un host du dann mein Brief nit kriegt, den ich bir domol geschriewe hab?“

„Welchen Brief?“ entgegnete sie, „ich waa noch kein Brief. Datt ich nur e Beil von dir gesehn, ich war est gebliewe, so wahr en Herrgott im Himmel is.“ In bitteres Schluchzen ausbrechend, sank sie auf die Bank zurück und verhäufte mit beiden Händen das Gesicht. „Loh gut sein und kum mit“, tröstete Christian mit gepreßter Stimme. „Am beste is, mer redd saan Wort mehr drinner. Was doh i, soll mer nit mehr uffgumede hude. Es läßt e bische nooch zu regne — adje, ich muß fort.“

„Bleib noch en Klaeblick, Christian.“

Lokales und Provinzielles.

Wertblatt für den 30. März.

Sonnenaufgang 5⁴² | Monduntergang 5¹⁰ M.
Sonnenuntergang 6⁵² | Mondaufgang 3²⁰ M.
1859 Nechemesser Adam Kiese in Annaberg gest. — 1844
Französischer Dichter Paul Verlaine in Belg. geb. — 1898 Maler
Friedrich Runthe in Düsseldorf gest.

r. Aus dem Oberwesterwaldkreis, 29. März. Dem
Schulamtsbewerber Herrn Hubert Thaler ist vom
1. April ab die Lehrerstelle in Hartensfeld übertragen
worden. Zu gleicher Zeit ist dem Schulamtsbewerber
Herrn Philipp Ober, zur Zeit Inf.-Reg. Nr. 88 in
Mainz, die Lehrerstelle in Streithausen übertragen worden.

w. Rößbach, 28. März. Gestern ereignete sich in der
Zongrube „Guter Trunk Marie“ ein schwerer Unglücks-
fall. Beim Fortschaffen der Erdmassen zur Halde ent-
setzte ein Wagen und schlug um. Ein italienischer
Arbeiter wurde so unglücklich getroffen, daß der Tod auf
der Stelle eintrat.

Singhofen, 27. März. Eine hier abgehaltene größere
Versammlung von Interessenten an einer Taunusquer-
bahn Niederrhein-Hausen über Langenschwalbach-
Raststätten nach Nassau hat eine Entscheidung ange-
nommen, in der eine Aufschlüsselung des westlichen Taunus
durch eine Staats-Bollbahn gefordert wird. Die wirt-
schaftliche Not des westlichen Taunus steigere sich durch
den Mangel an genügenden Eisenbahn-Verbindungen
ständig. Die nassauischen Kleinbahnen könnten unter
keinen Umständen als ausreichende Verkehrsbahnen an-
gesehen werden. Durch den Bau der gewünschten Bahn
würde auch der schwierige Ausbau der rechten Rhein-
seite unnötig werden.

Kloster Eberbach (Rheingau), 26. März. Gestern vor-
mittag traf eine Kommission aus dem Ministerium für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten hier ein zur Be-
sichtigung der Gebäulichkeiten der ehemaligen Abtei
Eberbach, die bis 1. Oktober 1912 der Justizverwaltung
zu Gefängniszwecken dienen und an diesem Tage von
dieser speziell von der Oberstaatsanwaltschaft Frank-
furt a. M. wieder an den Domänen-Fiskus zurück-
gegeben werden, um sie dem Reichs-Militär-Fiskus zur
Errichtung eines Genesungsheimes für Unteroffiziere und
Mannschaften des Heeres, das nunmehr gesichert ist, zu
überantworten. Die Kommission wird vor allem fest-
stellen, in welchem Umfang die Gebäude der ehemaligen
Abtei dem Reichs-Militär-Fiskus überwiesen bzw. zu
diesem Zwecke umgebaut werden sollen unter Wahrung
des konservatorischen Interesses der architektonisch höchst
bemerkenswerten Klostergebäude.

Neuwied, 25. März. (Strafkammer.) Der versuchten
Erschaffung, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt
und der Sachbeschädigung ist der Tagelöhner Alfred R.
aus Westerburg gebürtig, angeklagt. Eines Tages im
November 1911 wurde der Witwe F. zu Ransbach ein
Brief durch die Post zugestellt, in dem sie unter Ver-
weigerung ihres Lebens aufgefordert wurde, dem Absender
unter 5000 Postlagergeld nach Herschbach 2000 Mk. zu
senden. Bei seiner ersten Nachfrage auf dem Postamt
zu Herschbach wurde dem Angeklagten mitgeteilt, daß
noch nichts angekommen sei. Er kam dann etwa sechs
Wochen später wieder und erfuhr, daß ein Brief unter
der angegebenen Bezeichnung schon längere Zeit lagere.
Doch wurde ihm zugleich bedeutet, daß er zur Ausfän-
gung auf das Büro kommen und sich über seine Per-
son ausweisen müsse. Da ihm diese Zumutungen an-
scheinend nicht befielen, schwang er sich auf das Rad

und fuhr schleunigst davon. Er wurde jedoch am
19. Januar in Rarbach verhaftet und dem Amtsgericht
in Selters zugeführt. Hier hat er bei einem Transport
in das Gefängnisgebäude einen Fluchtversuch gemacht
und seiner erneuten Festnahme durch den Gerichtsdiener
heftigen Widerstand durch Schlägen und Tritten ent-
gegengeleitet. Schließlich hat er im Gefängnis mutwillig
verschiedene Gegenstände beschädigt. Der Angeklagte
wurde unter Anrechnung von zwei Monaten Unter-
suchungshaft zu insgesamt drei Monaten Gefängnis
verurteilt.

Hartenrod, 28. März. (Heilkünstlers Herzeleid.) Im
„Hinterland-Anzeiger“ vom 23. März lesen wir folgende
Anzeige: „Berichtigung. Ich ziehe zwar nach Gießen,
werde dort aber vorerst keine Praxis ausüben, weil ich
infolge der gehaltenen Aufregungen, welche mit meine
Feinde gemacht haben, Herzleidend geworden bin. Dieses
ist auch der Grund, warum ich von Hartenrod fort-
mache. Ich will lieber betteln gehen, als mit Menschen
zu tun haben, welchen jedes Mittel recht ist, mich zu
verderben. Franz Dikomeit, Heilkünstler.“ Inzwischen
scheint sich aber der Dikomeit eines besseren besonnen
zu haben. In den „Dillenburger Nachrichten“ vom
24. März befindet sich nämlich folgende Anzeige: „Ich
ziehe nicht nach Gießen, meine Praxis geht in Hartenrod
weiter. Dikomeit, Heilkünstler.“

Frankfurt a. M., 28. März. In drei überfüllten Ver-
sammlungen beschlossen gestern die Arbeiter der Adler-
Werke, am Freitag in den Streik zu treten. Ein Ver-
treter des Metallarbeiter-Verbandes erklärte, daß auf
den Streik auch eine Aussperrung in Süddeutschland
folgen könnte. Die Adlerwerke beschäftigen zur Zeit
3500 Mann.

Nah und fern.

o Der Dammbruch bei der Berliner Untergrund-
bahn. Die Folgen des Wassereintruchs in den Neubau-
teil der Berliner Untergrundbahn sind noch immer nicht so
weit behoben, daß der Verkehr wieder aufgenommen
werden konnte. Die Dichtung der Durchbruchstelle ist in
Angriff genommen, gestaltet sich aber sehr schwierig. Der
Schaden ist weniger hoch, als anfangs angenommen
wurde; er dürfte sich nach der Sachverständigenschätzung
auf nicht erheblich mehr als 100 000 Mark belaufen.

o Ehedrama. Die 37 Jahre alte Frau des Gastwirts
Karl Becker in Hamburg übergab ihren Mann mit einer
Kanne kochenden Kaffees und einem Kessel kochenden
Wassers, so daß ihm die Heden Fleisch vom Leibe
heruntergingen. Dann nahm sie eine Dosis Meersalz und
vergiftete sich. Der Mann wurde sterbend ins Kranken-
haus geschafft. Die Frau hat die Tat mit Überlegung
ausgeführt, denn sie hatte ihre vier unmündigen Kinder
vorher zu Verwandten gebracht.

o Doppelhinführung. In Paris wurden die beiden
französischen Soldaten Molot und Tissot, die eine alte
Frau ermordet hatten, um sie zu berauben, hingerichtet.
Es war in Frankreich das erste Mal, daß die Guillotine
gegen Soldaten zur Verurteilung gelangte. Angesichts
dieses schrecklichen Verbrechens hatte Präsident Fallières
von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht.

o Die Suche nach den Pariser Automobilräubern
hat noch immer keine Resultate gezeitigt. Mehrere reiche
Privatleute haben dem Direktor der Sicherheitsbehörde
Günther Automobile zur Verfügung gestellt, um der
Polizei die Verfolgung der Automobilbanditen zu er-
leichtern. Ihr Anerbieten wurde jedoch abgelehnt. Es
wurde festgestellt, daß die Automobilbanditen durch den
vor einigen Monaten verübten Waffendiebstahl in den
Besitz von 14 Revolvern, neun Repellerkarabinern und
sechs Naadawehren gelangt sind. In Brüssel ist die

Polizei in fieberhafter Tätigkeit, weil in einem dortigen
Gasse sich ein Mann rühmte, Mitglied der Pariser Auto-
mobilräuberbande zu sein, die wieder etwas Großes
vorhabe.

o Wirbelwindkatastrophe in Argentinien. Vette
Strecken Argentiniens wurden durch einen Wirbelwind
verwüstet. In der Hauptstadt Buenos Aires sind dreißig
Häuser eingestürzt. Unter ihren Trümmern waren etwa
fünfzig Personen begraben. Zwanzig davon konnten nur
als Leichen geborgen werden. Die übrigen hat man unter
großen Anstrengungen aus ihrer furchterlichen Lage lebend
befreien können und schwerverletzt in die Krankenhäuser
gebracht. Viele Anstaltungen wurden zerstört. Auch auf
dem Lande kamen 25 Menschen um. Der Eisenbahnverkehr
ist durch die Berstungen an den Bahndämmen völlig
unterbrochen.

o Folgeschwere Geschüßexplosion. Bei Versuchen
mit eben aus Europa gelieferten Geschüßen in Rio de
Janeiro explodierte eine große Kanone. Dabei blühten
zwei Artilleristen auf der Stelle ihr Leben ein, und eine
große Anzahl von Soldaten wurde schwer verletzt. Man
nimmt an, daß ein Schmiedefehler am Geschüßlauf Ursache
der Katastrophe war. Untersuchung ist eingeleitet.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin, 28. März. Der Inhaber der bekannten biesigen
Bassementeriefabrik Hugo Müller, der Generalconsul Hugo
B. A. Müller, ist unter Hinterlassung einer Schuldenlast
von etwa einer Million Mark plötzlich gestorben. Zu seines
Lebens soll seine Vermögensverhältnisse gerätet haben.

Reinstell, 28. März. Auf dem Bieker See kenterte
ein Segelboot, wobei der Einjährig-Freiwillige Peters aus
Köln und der Sohn des biesigen Restaurateurs Petersen
ertranken.

London, 28. März. In Newport entstand in einer
Kohlengrube, aus deren Innern eine Anzahl Arbeiter
Kohlen herausholen wollten, eine Explosion schlagender
Wetter. Etwa zwanzig Arbeiter wurden verletzt, darunter
sehn sehr schwer.

Köln, 28. März. Auf der Alfardewstraße erschossen
drei Banditen zwei auf Posten stehende Schulleute.

Genua, 28. März. Im Bankhaus Jellour erbrachen zur
Mittagszeit Diebe die Kassen und raubten für eine halbe
Million Lire Wertpapiere.

Er mordung eines Hauptmanns durch einen Musketier.

Ein an die heute noch nicht aufgekärte Ermordung
des Hauptmanns v. Krosigk in Gumbinnen erinnernde
Wortat wird jetzt aus einer andern ostpreussischen Garnison,
aus Osterode, gemeldet.

Dort wurde der Kompaniechef der 11. Kompanie des
Infanterieregiments v. Grolman (1. Posenisches) Nr. 18,
Hauptmann Krosigk, auf dem Kasernenhof von dem bei
gleichem Kompanie angehörenden Musketier Schürsteden
erschossen. Der Musketier befand sich auf dem Gang seines
Kompaniequartiers und schoss vom Gangfenster aus auf
seinen Hauptmann. Dieser wurde in die linke Brustseite
getroffen und stürzte sofort tot zu Boden. Gleich darauf
trahnte ein zweiter Schuß auf dem Kompaniegang. Der
Musketier hatte sich selbst durch einen Schuß in den Kopf
getötet.

Die Ursache für diesen Mord und Selbstmord soll
darin zu suchen sein, daß Hauptmann Krosigk ein sehr
strenger Kompaniechef war. Ob dieses Gerücht auf
Wahrheit beruht, oder ob die Tat andere Motive hat, muß
die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Voraussetzliches Wetter für Samstag den 30. März 1912.

Noch veränderlich, jedoch schon heiter bei frischen
westlichen bis nordwestlichen Winden, ohne irgend er-
hebliche Niederschläge. Uebermorgen wird sich die Wit-
terung wohl noch etwas günstiger gestalten.

Wieder stand das junge Weib demütig bittend vor ihm.
„Schon lang hab ich gepaßt drauf, mit dir e paar
Borl zu redde. Christian, loß mein Vatter in Ruh.
Sieht du, der is ein alter, kranker Mann, der nur noch
halb lebt! Ich wach, du verlangst Geld von ihm, weil
du auaßst, der Schuldsche“ war schon eingelöst ge wese,
der deiner Mutter dohols „esfändig is worde.“

„Les war er auch!“ unterbrach Christian heftig die
Ersprechende. „Do leg ich die Hand dofer ins Feuer.“

Nur beweiße kann ich's nit. Awer ich krieg's eraus, do
kannst du Gift druff nemme; dann hot's aber geschell!“

Christian, begehrt nit uff! Ich will dir was sage.
Sieht du, ich will nit, daß du glawe sollst, mei Zeit
hätte ich um Eier Sach gedocht. Des Geld kann ich
dir jo nit gewo, denn woher soll ich's nemme — awer
ich will die Ader am Sandtschlag um im Erlebach, die
mein Vatter mir als Heiratsgut mitgewe hot, uff dich
als Eigentum verschreibe losse. Sie sinn so viel wert,
daß es langt.“

Satie Christian recht gehört? Sie wollte ihre Ader,
die er als recht wertvolle Grundstücke kannte, ihm als
Erlas für die Summe, um welche Dankunrad Ferber
seine Mutter betrogen hatte, ihm als Eigentum über-
lassen? Ein solches Anerbieten hatte er nicht erwartet.
So wußte sie um den Betrag und handelte vielleicht im
Auftrag ihres Vaters, der einer Entdeckung seiner Schand-
tat vorbeugen wollte und auf diese Weise die Sache zu
er edigen trachtete? Oder bot sie aus eigenem Willen
diesem Vergleich an? Hierüber mußte er ins klare
kommen, und den Blick fiel auf das humervolle Gesicht
Dankunradens heftend, fragte er kurz: „Wach des dein
Vatter, daß du mir des anbietest willst?“

Ihr Schweigen war ihm Antwort aenna.

Fortsetzung folgt.

Vermischtes.

o Mondfinsternis am 1. April. Am Montag, den 1. April,
haben wir eine partielle Mondfinsternis, die, gutes Wetter
vorausgesetzt, auch in unseren Gegenden gut zu beobachten
sein wird. Die Finsternis beginnt abends 10 Uhr 28 Minuten
8 Sekunden und hat ihr Ende am Dienstag, den 2. April,
morgens 12 Uhr 2 Minuten 8 Sekunden. Die Größe der
Verfinsternis beträgt 0,188, wenn man den Durchmesser des

Mondes als Einheit annimmt. Die Finsternis wird sichtbar
sein in Europa, Afrika, Asien, in der westlichen Hälfte
Amerikas, in Südamerika sowie auf dem Indischen und
Atlantischen Ozean. — Die schwarze Scheibe, welche von
Osten nach Westen über den Mond zieht, ist der Schatten
der Erde, welche an diesem Tage zur Zeit des Vollmonds
zwischen Sonne und Mond tritt. In allen den Orten, von
denen man um diese Zeit den Mond sehen kann, erscheint
der Mond auf die gleiche Art und zur gleichen Zeit ver-
finstert. Die längste Dauer einer partiellen Mondfinsternis
kann 8 Stunden 18 Minuten betragen, während sie bei einer
totalen Mondfinsternis bis zu 4 Stunden 38 Minuten be-
tragen kann. Selbst bei einer totalen Mondfinsternis ist
unser Trabant nur in ganz seltenen Fällen vollkommen
unsichtbar; zuletzt war dies im Jahre 1818 der Fall; in der
Regel können wir bei totalen Mondfinsternissen ein kupfer-
rotes Licht wahrnehmen, das vom Monde ausstrahlt. Bei
partiellen Mondfinsternissen erscheint der Erdschatten in blei-
grauer Farbe. Die nächste totale Mondfinsternis findet am
22. März 1913 statt.

o Wertvoller Silberfund. Gelegentlich der Abtragung
eines Humengraves in Wedelsiedt bei Lehe stieß man auf
eine Urne, in der sich 12 000 Münzen aus reinem Silber
fanden. Die Münzen haben meist die Größe eines Mark-
stückes, nur wenige sind kleiner. Bei weiterer Grabung
fand man auch einen goldenen Fingerhut mit einem matt-
blauen Stein — Zeuge einer längst verschwundenen Kunst-
epoche — und außerdem ein Stück reines Silber von etwa
250 Gramm schwere. Dem Münzenfunde wird eine große
Bedeutung beigelegt, er soll dem Münzkabinett in Berlin
überwiesen werden.

o Ein Zwerg bei der Musterung. Bei dem dies-
jährigen Musterungsgeschäft für den Stadtbezirk Nürnberg
stellte sich auch ein junger Mann von nur 1,10 Meter
Größe und 44 $\frac{1}{2}$ Pfund Gewicht. (Das militärische
Mindestmaß beträgt 1,54 Meter.) Zu seiner körperlichen
Untersuchung mußte der Rekrut auf einen Stuhl gestellt
werden. Die Frage nach seiner Beschäftigung beantwortete
er dahin, daß er zu Hause für seine Verwandten das
Essen kochte. Der kleine Kerl wurde natürlich als un-
tauglich ausgespart.

o Untergang eines Dampfers. Auf dem Erie-See im
Nordosten der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein
Tragsschiff, auf dem ein Eisenbahnzug befördert wurde,
mit einem Dampfer zusammengefahren. Der Dampfer
lont und 30 Personen fanden den Tod in den Fluten.

o Pola und Drenfus als Rekruten. Unter den
jüngsten Rekruten des französischen Militärs befinden sich
Jacques Pola, ein Sohn des berühmten Romanchrift-
stellers, und Pierre Drenfus, ein Sohn des Majors
Drenfus, für dessen Rehabilitierung seinerzeit der vor-
genannte Schriftsteller sich so energisch eingesetzt hatte.
Pierre Drenfus wird als Artillerist dienen, Jacques Pola,
der Medizin studiert, wird sein Dienstjahr im Militär-
lazarett absolvieren.

o Die Weibliche der Frau. Für den Mann ist die
Geldfrage erledigt, wenn er Geld hat. Weitere Sorgen
macht er sich nicht. Hat er Geld, dann weiß er auch, wo er
es unterbringen soll. Der moderne Mann ist mit so vielen
Taschen behaftet, daß er darin eine ganze Menge unter-
bringen kann. Die Schwäche des Weibes — die Frauen-
hölle in ihrem Charakter und in ihrem Wesen suchen — ist
lediglich ihr Mangel an Taschen. Früher verfügten sie
wenigstens über eine. Sie war in einem Seitenschloß an-
gebracht, und wer einige Sorgfalt (und einiges Glück) hatte,
brachte seine Geldtasche richtig unter. Aber die Geschichte
hatte doch noch eine able Seite. Mit der Geldtasche allein
ist aber nichts getan. Trägt auch der neuzustellende Mensch
nicht mehr seine ganze Habe bei sich, so schleppt er doch ein
artiges Bündel von Gebrauchsgegenständen: ein Kammchen,
Taschentücher, Schlüssel, vielleicht noch ein Notizbuch und
ein Schächtelchen mit Nadeln aller Sorten und aller Zwecke.
Da fallen sich die Taschen, und wenn man sich gar nur des
Besitzes einer einzigen rühmen kann, so darf man sicher sein,
an der Hüfte eine peinliche Geschwulst aufweisen zu müssen.
Andere Methoden waren nicht vorteilhafter. So half denn
nur die Abtrennung der Geldtasche vom Gewande. Der
Reuter, der „Kompadour“, die Geldtasche wurden modern.
Und alle Künstler mühten sich, neue Formen, Schmuckstücke,
Formate zu erfinden. Selbst die ausgewachsene Größe der
Markttasche fand Liebhaberinnen. Das ist die Lösung der
Frage, die bis heute gefunden wurde. Endgültig kann sie
nicht sein, weil der Mensch im allgemeinen und das Weib
im besonderen an der Vergesslichkeit leiden. Natürlich, was
die Frauen vergessen sollten (A. B. kleine Sünden des
Mannes und wann er zuletzt erst um 8 Uhr nachts vom
Frühstücken nach Hause kam), das bleibt in ihrem Gehirn-
kasten. Aber die Geldtaschen lassen sie auf den unzugänglichsten
Orten liegen. Da aber kam ein Reiter. Ein amerikanischer
Sorgenbrecher hat jetzt eine neue Aufwahrungsmethode für
die weibliche Geldtasche entdeckt: den Dutt! Wie alles
wahrhaftig Große, eine einfache Lösung. An der Klemme
eines modernen Brautheutes hat alles Platz, und auf ein
paar Pfund Gewicht kommt es ja einem Frauenschädel
nicht an.

Cassel, den 30. November 1911.

Die Reichs-Versicherungsordnung hat mit Rücksicht auf die vom 1. Januar 1912 ab erfolgende Einbeziehung der Hinterbliebenenfürsorge in die Invalidenversicherung die Geldwerte der Beitragsmarken erhöht und zwar für eine Woche

in Lohnklasse I	von 14 Pfg. auf 16 Pfg.,
"	" II " 20 " 24 "
"	" III " 24 " 32 "
"	" IV " 30 " 40 "
"	" V " 36 " 48 "

Das Reichs-Versicherungsamt hat mit Erlaß vom 11. November 1911 die Formen der neuen Marken, die als Ein-, Zwei- und Dreizehnwöchemarken bei den Reichspostanstalten und bei unseren Markenverkaufsstellen zu haben sind, festgestellt.

Für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 sind ausschließlich die neuen Marken zu verwenden.

Dagegen sind zum Zwecke der nachträglichen Beitragsleistung (§ 29 Abs. 1, §§ 1442 bis 1444 der Reichsversicherungsordnung) für die vor dem 1. Januar 1912 liegenden Zeiten die alten auf Grund des § 130 des Invalidenversicherungsgesetzes ausgegebenen Marken (Bekanntmachung, betreffend die für die Invalidenversicherung zu verwendenden Beitragsmarken, vom 27. Oktober 1899, Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes 1900 Seite 183) zu verwenden. Mit Rücksicht hierauf werden entsprechend den Anordnungen der obersten Postbehörden die Postanstalten diese Marken noch bis zum 30. Juni 1912 einschließlich verkaufen. Vom 1. Juli 1912 ab sind alte Marken nur noch von den Versicherungsanstalten zu beziehen.

Bis zum 31. Dezember 1913 einschließlich können die alten Marken bei den Markenverkaufsstellen gegen neue Marken unter Berücksichtigung des veränderten Geldwerts umgetauscht werden.

Auf Grund der neuen Bestimmungen über die freiwillige Zusatzversicherung können vom Jahre 1912 ab alle Versicherungspflichtigen und alle Versicherungsberechtigten zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken einer beliebigen Versicherungsanstalt in die Quittungskarte einleiben. Sie erwerben dadurch Anspruch auf Zusatzrente für den Fall, daß sie invalide werden. Der Wert der Zusatzmarken beträgt 1 Mark, und sie können, ebenso wie die Beitragsmarken von der Post und den Markenverkaufsstellen bezogen werden.

Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt
Hessen-Nassau.

Landespolizeiliche Anordnung.

Wegen der fortdauernden Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche im Bezirke und im besonderen im Oberwesterwaldkreise, wird auf Grund der §§ 19-29 des Reichsgesetzes, betr. die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen vom 23. Juni 1880 (R.-G.-Bl. S. 153) — 1. Mai 1894 (R.-G.-Bl. S. 409) — und des § 56 b der Reichsgewerbeordnung, sowie auf Grund der gemäß § 1 der Bundesrats-Instruktion vom 30. Mai — 27. Juni — 1895 (R.-G.-Bl. S. 357) — und dem § 1 des Gesetzes vom 12. März 1881 (G.-S. S. 128) — 18. Juni 1894 (G.-S. S. 113) — von dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erteilten Genehmigung für die Dauer der Seuchengefahr, d. h. bis auf weiteres, folgendes verordnet:

§ 1. Der Hausierhandel mit Kleinvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen und Schweine) wird im Oberwesterwaldkreise verboten.

§ 2. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft, ihre Aufhebung wird erfolgen, sobald die eingangs erwähnte Seuchengefahr beseitigt ist.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, sofern nicht nach dem § 328 des Reichsstrafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist, nach den §§ 66 und 67 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 (R.-G.-Bl. S. 153) — 1. Mai 1894 (R.-G.-Bl. S. 409) — bzw. nach § 148 Abs. 1 Ziffer 7a der Reichsgewerbeordnung (R.-G.-Bl. 1900 S. 871) bestraft.

Wiesbaden, den 6. März 1912.

Der Regierungspräsident
J. B. v. Gizeki.

Im Wege des schriftlichen Angebotes sind folgende Arbeiten zu vergeben:

1. Ausbau des Weges nach dem Neuhoß auf eine Strecke von etwa 250 Meter Länge bei 4 Meter Breite. Ziehen von Gräben beiderseits.
2. Ausbau der sogenannten langen Schneise auf eine Strecke von etwa 130 Meter Länge bei 4 Meter Breite. Ziehen von Gräben beiderseits.
3. Ausbau eines Weges im Distrikt 36, Roter Klee, auf eine Strecke von etwa 120 Meter Länge bei 4 Meter Breite durch Ab- und Auftrag.

Angebote sind auf jeden Weg getrennt und pro laufender Meter abzugeben. Dieselben müssen bis

Montag den 1. April d. Js., nachmittags 3 Uhr bei dem Unterzeichneten eingegangen sein. Nähere Informationen über die Art der Arbeiten können bei Herrn Förster Groß hier eingeholt werden.

Hachenburg, den 26. März 1912.

Der Bürgermeister:
Steinhäus.

Vom 1. April 1912 an

ist die

Ortskrankenkasse für den Oberwesterwaldkreis
zu Hachenburg

an Sonn- u. Feiertagen
ganz geschlossen.

Dagegen ist die Kasse an Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet, damit diejenigen, welche mit den Mittagsszügen ankommen, und diejenigen, welche um 12 Uhr den Arzt aufsuchen, noch bei der Kasse ankommen können. Die übrigen Nachmittagsstunden sind zur Erledigung der vielen und mannigfaltigen Kassenarbeiten kaum ausreichend, weshalb eine Störung nicht gestattet werden kann.

Der Vorstand:
Jäger, Vorsitzender.



Weidedraht

in verschiedenen Stärken.

Geflecht

50 Meter, 1 Meter hoch
Mk. 8.00.

ca. 3000 Meter Geflecht
am Lager.

C. v. Saint-George, Hachenburg.

Realschule zu Diez a. d. Lahn.

Berechtigte höhere Lehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt am 15. April d. Js.; Aufnahmeprüfung um 8 Uhr vormittags. Anmeldungen, denen Geburts-, Impfschein und Abgangszeugnis beizufügen sind, wolle man alsbald an den Unterzeichneten richten. Geeignetes Eintrittsalter für Sexta 9-10 Jahre, für die Vorschule 6-8 Jahre. Auswärtigen Schülern werden gute Pensionen in der Stadt nachgewiesen.

Rauschenberger, Direktor.

== Moderne ==
Herren-Anzugstoffe

neueste Blumen- und Kleiderstoffe
Siamosen und Schürzenstoffe

Selbstbinder

und alle anderen Arten Binden
in großartiger Auswahl.

Wilhelm Pickel, Hachenburg.

Zwei erstklassige

Schneidergesellen

finden nach Ostern dauernde Beschäftigung bei

W. Krift, Maßgeschäft
Hachenburg.

3-4 tüchtige Möbeltischler

auf sofort bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht.

Ferner können 2 Lehrlinge (Söhne achtbarer Familien), welche die bessere Möbeltischlerei erlernen wollen, zu Ostern unter günstigen Bedingungen bei mir eintreten.

Möbelfabrik H. Pantel

Bahnhof Korb (Westerwald).

2 tüchtige Zimmergesellen

gegen hohen Lohn für sofort gesucht.

Adolf Schneider, Zimmer-
geschäft, Stangenrod.

Bruteier

von Rote Islands, vorzügliche Leger und äußerst widerstandsfähig, per Duzend zu Mk. 3.60 gibt ab

Carl Schneider, Hachenburg,
Johann-August-Ring.

Vogelnistkästen } in großer
Futterhäuschen } Auswahl.
Wib. Streck, Bonn.
Umsonst reichhalt. Muster-
buch Nr. 10.

Schirmreparaturen

werden schnell und billigt
ausgeführt, sowie neue Ueber-
züge bei
Geinr. Orthen, Hachenburg.

Die edelsten Bestandteile



des Kindernierenfettes mit Milch und
Sahne verbuttert, bilden die Grundstoffe der

allgemein be-
liebten Margarine

Siegerin

welche infolge ihrer vorzüglichen Eigenschaften der
Molkereibutter

am nächsten kommt.

Überall erhältlich!

Ausschließliche Fabrikanten: H. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

der ausgewählten Kokosnüsse werden zur
Herstellung der unübertroffenen und feinsten

vegetabilen
Margarine

Palmato

verwendet. Delikateste, vorzüglich haltbare und
überall beliebteste

Pflanzenbutter.



Wir offerieren als besonders preiswert:

2-reihige Knaben-Joppen-Anzüge

die neueste
Frühjahrs-Mode

4.90 6.50 9.50 12 15 18

Konfirmanten- und Kommunikanten-Anzüge in Riesenauswahl 8 bis 22 m.

Warenhaus S. Rosenau, Hachenburg.